

reness-“ und „Schutzraum-Konzepten“ kein Ende der sexuellen Geschichte eintritt. Die tugendhafte Ordnung, die mit Vereinheitlichung und Strenge dem Labyrinthischen und Widersprüchlichen im Sexuellen zu begegnen versucht, gilt es mit umso festerem sexuellen Selbstbewusstsein zu beantworten.

Im Konflikt mit den feindseligen und misstrauischen Sicherheitskonzepten liegt die Möglichkeit, die sexualfeindlichen Tendenzen queerfeministischer Räume aufzuzeigen. Eine Kritik ihres autoritären und verkürzten Gehalts kann dabei nicht nur die Neuformulierung des Umgangs mit sexueller Gewalt beinhalten, sondern zugleich die Möglichkeit, im besten Sinne pervers zu sein – und zu bleiben.

## **Moderne Hexenjagd gegen Diskriminierung**

### **Eine kritische Auseinandersetzung mit „Definitions-macht“**

*Till Randolph Amelung<sup>1</sup>*

In einigen Netzwerken, die sich an Schnittstellen zwischen Aktivismus und Wissenschaft befinden, hat sich mittlerweile ein problematischer Umgang mit empfundenen Diskriminierungen entwickelt. Ein falsch verwendeter Begriff, ein falsches Pronomen und schon braust der Shitstorm über einen selbst hinweg und man hat zugleich in bestimmten Netzwerken bis in die zehnte Generation den Status einer *Persona non grata*. Natürlich ist es gut, wenn diskriminierendes Verhalten sanktioniert wird, jedoch geht gerade in einigen linken und queerfeministischen Kontexten die Verhältnismäßigkeit verloren.

Das Schema läuft oft so ab: Heidi verwendet im Plenum einer Politgruppe, in einem Uniseminar, in einem Vortrag, in einer Diskussion oder in einem Text ein falsches Wort für eine als vulnerabel identifizierte Gruppe (zum Beispiel „Transe“, „Farbige Menschen“) oder hat das Coming-out von Petra als trans\* oder nicht-binär verpasst und spricht Petra aus Gewohnheit mit altem Namen und altem Pronomen an. Daraufhin wendet sich Petra selbst oder gemeinsam mit ihr weitere, in ihren Gefühlen verletzte Personen an Organisator\_innen, Dozent\_innen oder als solche wahrgenommenen Vorsteher\_innen des jeweiligen Zusammenhangs. Auch möglich ist, dass sie sich an eine außenstehende Aktionsgruppe wenden. Zumeist bildet sich daraufhin – mehr oder weniger koordiniert – eine Unterstützer\_innen-

gruppe. Diese zieht sodann als Rächer\_innen der Enterbten oder der Deprivilegierten gegen das Übel – die Privilegierten oder die Versursacher\_innen der jeweiligen Fehlleistung – zu Felde. Die Umsetzung der Rachegeleüste reicht vom Rauswurf der „bösen“ Heidi aus den jeweiligen Räumen sowie weiteren, damit assoziierten Orten, über die Verschickung anonymer Drohbriefe oder drohenden Telefonaten, bis hin zur Bearbeitung von bisher unbeteiligten Personen, beispielsweise Horst, mit Erpressungen und psychischem Druck. Es wird dabei aufdringlich geraten, sich ebenfalls gegen die geschmähte Heidi zu stellen. Wenn sich Horst doch mit Heidi sehen lässt, wird Horst von Petras Unterstützer\_innengruppe mit Ausschluss aus allen gemeinsamen sozialen Kreisen sanktioniert. Heidi und Horst verlieren dadurch große Teile ihrer bisherigen sozialen Netzwerke und müssen sogar befürchten, dass es weitere Auswirkungen für ihr politisches und berufliches Wirken hat. Denn linker und queere feministischer Aktivismus ist nicht selten auch mit akademischen und anderen beruflichen Feldern ihrer Akteur\_innen verknüpft – insbesondere dort, wo Gleichstellung, Antirassismus, LSBTTIQ<sup>2</sup>, Antidiskriminierung generell oder Diversity eine Rolle spielen. Heidi und Horst wundern sich dann, weshalb man sie nicht mehr zu Vorträgen, Kooperationen und dergleichen einlädt, obwohl es um Themen geht, in denen sie eine achtenswerte Expertise aufweisen. Sie können nur erahnen, dass die Unterstützer\_innen von Petra ihre Kontakte geimpft haben. Auch können sie nicht von der Möglichkeit ausgehen, ihre eigene Sicht der Vorgänge schildern zu dürfen und auf Verhältnismäßigkeit ist schon gar nicht zu hoffen. Man kommt einerseits nicht umhin, eine Art Verfolgungswahn zu entwickeln. Andererseits muss man hier tatsächlich von einem bewusst ausgeübten Psychoterror sprechen: So wird etwa die Angst davor erzeugt, öffentlich zu sprechen, indem die Möglichkeit entzogen wird, sich zu etwaigen Vorwürfen zu äußern. Teilweise gab und gibt es in diesem Zusammenhang Fälle von Stalking, das bis hin zu körperlicher Gewalt gehen kann. Gleichzeitig werden überdies andere, die diese Vorgänge mitbekommen, durch das scharfe Vorgehen der Gruppe um Petra eingeschüchtert

und vermeiden es, sich dazu zu äußern, was wiederum Heidi und Horst in einer erdrückenden Hilflosigkeit und Ohnmacht zurücklässt, die nicht selten den Alltag zumindest für eine Zeit unerträglich werden lässt. Exemplarisch wurde dies bereits 2000 in dem Artikel *Infantile Inquisition* von Justus Wertmüller und Uli Krug geschildert. Auch anhand von Berichten über derartige Eskalationen auf dem antirassistischen No-border-Camp von 2012 in Köln lassen sich diese Mechanismen nachvollziehen (vgl. Jakob 2012).

Dieses für viele Vorfälle typische Schema habe ich auch selbst miterlebt: ein enger Freund von mir wurde 2012 zunächst als Referent zum *Antifée-Festival* nach Göttingen eingeladen und dann, nach massiven Angriffen von einer überwiegend anonym agierenden Gruppe auf das Orga-Team, wieder ausgeladen. Offiziell lautete der Vorwurf damals, er sei antifeministisch. Ich selbst hatte jedoch Kontakte, sowohl zum Orga-Team des Festivals, als auch zu Personen, die die Angreifer\_innen kannten. So bekam ich mit, dass das Orga-Team besagten Freund nicht freiwillig ausgeladen hat, sondern von einer Gruppe bestehend aus Personen in unbekannter Zahl über mehrere Wochen hinweg massiv bedroht und eingeschüchtert wurde. Diese Gruppe forderte das Festivalteam auf, ihn auszuladen, und blockte es ab, Fragen nach den Gründen zu beantworten. Stattdessen wurde das Festivalteam von den Aggressor\_innen mit Drohungen eingeschüchtert, beispielsweise, dass es schwerwiegende Konsequenzen für alle Teammitglieder innerhalb der queere feministischen Szene hätte, wenn sie der Aufforderung nach der Ausladung nicht Folge leisten. Die Drohkulisse wurde über nächtlichen Telefonterror und weitere Methoden der Einschüchterung aufgebaut. Da die meisten Mitglieder des Festivalteams überwiegend junge Studierende im zweiten Semester waren, entstand sehr schnell eine Überforderung mit der Situation, sodass sie dann doch den Erpressungen und Drohungen nachgaben. Im Gegensatz dazu bestand die Gruppe der Aggressor\_innen vor allem aus Personen, die schon seit Jahren fester Bestandteil der queere feministischen Szene sind. Ich selbst unterhielt mich damals nach und nach mit einigen Freund\_innen und

Bekanntem sowie dem betreffenden Referenten und einzelnen Mitgliedern des Festivalteams. Dabei ließ ich insbesondere in Richtung der Aggressor\_innen verlauten, dass ich ihr Vorgehen absolut entsetzlich, unangemessen und gewaltvoll finde. Das führte dazu, dass mich Personen in Seminaren, auf offener Straße und auf Partys ostentativ geschnitten haben. Mittlerweile grüßen sie mich zumindest auf offener Straße wieder höflich. Meine Detektivarbeit führte mich dann zur Erkenntnis, dass der Anlass für dieses extreme Mobbing ein Streit zwischen meinem Freund und einem anderen Mann war, obwohl dieser Streit bereits über vier Jahre zurücklag. Sie stritten sich darüber, ob man als schwuler Mann sichtbar sein sollte oder sich Sexualität und Geschlecht in „queer“ auflösen sollte. Beide haben emotional reagiert und sich sowohl im persönlichen Kontakt als auch im Internet beschimpft. Nun könnte man sagen, dass da zwei starke Persönlichkeiten aufeinandergedrungen sind und es ihnen selbst überlassen, ob sie sich aussprechen und dann gegebenenfalls gegenseitig entschuldigen oder ob sie sich fortan aus dem Weg gehen. Der andere Mann hätte beispielsweise nicht zu dem geplanten Vortrag gehen müssen und das Festivalgelände ist mithin groß genug, dass man nicht gezwungen ist, zu nah beieinander zu stehen. Auf mich wirkte das Vorgehen der Gruppe um den anderen Mann wie das Ausleben infantiler Rachegefühle. Dabei wurde zusätzlich die Unerfahrenheit von jungen Studienanfänger\_innen ausgenutzt, was zugleich einen Machtmissbrauch beinhaltete, da die Aggressor\_innen zum Großteil prägende Leitfiguren mit großem Netzwerk und Standing in queerfeministisch-linken Kontexten Göttingens waren. Sowohl der Referent als auch ich hatten in der Folgezeit damit zu tun, diese Ereignisse zu verdauen. Für mich, der in Göttingen wohnen blieb und aktuell wieder auf Jobsuche ist, stellt sich aber immer wieder leise die Frage, ob sich „etwas“ rumgesprochen hat, da zumindest in Göttingen Personen, die mit den Aggressor\_innen vernetzt sind, mitunter Stellen in für mich interessanten Arbeitsfeldern betreuen. So kann ich Absagen nicht in jedem Fall einfach als Pech betrachten, etwa weil jemand Qualifizierteres mit im Bewerber\_innenpool war. Durch Gespräche

mit anderen Freund\_innen, die Ähnliches erlebt haben, weiß ich leider, dass Leute tatsächlich auf der Basis banaler Konflikte rundum schlechtgemacht werden und nach den näheren Zusammenhängen gar nicht gefragt wird. So wollte ich den Freund 2013 für einen Vortrag bei einer universitären Veranstaltungsreihe vorschlagen und dann hieß es seitens eines Mitglieds der damaligen Veranstaltungsorga, dass sie ihn nicht wollen. Da ich wusste, dass dieses Mitglied auch zu dem großen Netzwerk der Mobber\_innen von der *Antifée*-Geschichte gehörte, traute ich mich nicht mehr, nach den Gründen zu fragen. Das tat aber auch niemand anderes in der Veranstaltungsorga. Dabei wäre es eigentlich wichtig, nach Gründen zu fragen. Diese voraus-eilende Unterwerfung unter das Veto beschämte mich letztlich bis heute.

Begründet wird so ein Vorgehen oftmals mit dem Konzept der Definitionsmacht (DefMa). Verfechter\_innen stützen sich dabei unter anderem auf das 2007 erstmalig erschienene Büchlein *Antisexismus\_reloaded* des Autor\_innenkollektivs *re.ACTion*. Ursprünglich war dies als alternative Handlungsweise zum Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt und als Gegenentwurf zum Umgang der bürgerlichen Justiz mit ihnen ins Leben gerufen worden. Mittlerweile wird dieses Konzept bei allen Möglichkeiten subjektiv empfundener Verletztheit aufgrund von Diskriminierungen angewandt. Teilweise kommt es gar zu einem Missbrauch durch Personen, die einen persönlichen, politischen oder intellektuellen Dissens über das Anwenden von Definitionsmacht austragen, wie der persönlich miterlebte Vorfall um die Freundin verdeutlicht. Anstatt zu versuchen, die subjektive Empfindung mit einer rationalen Sichtweise zu vermitteln, soll man sich demnach uneingeschränkt mit dem oder der Betroffenen solidarisieren. Was in diesem Ansatz aus der Praxis des ungenügenden Umgangs mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt durch die Justiz zwar verständlich ist, führt jedoch auch hier schon zu problematischen Dynamiken. Es ist sowohl rechtsphilosophisch als auch psychologisch höchst fatal, wenn Betroffene zugleich auch Richter\_innen sind, womit man sogar noch hinter die bürgerliche Justiz zurückfällt. Die Aktionsgruppe *Les*

*Madeleines* kritisierte 2010 in einem Artikel, dass Publikationen zu DefMa Empfehlungen geben, die den Vergewaltigungsbegriff völlig entwerten, indem beispielsweise anzügliche Sprüche auf der Straße oder ein Begrapschen in der Disco mit erzwungenem Oralsex gleichgesetzt werden (vgl. Les Madeleines 2010). All das darf mit DefMa Vergewaltigung genannt werden. Auch werden Handlungen propagiert, die Einzelpersonen und „Unterstützer\_innengruppen“ zur Selbstjustiz ermächtigen. Zudem werden Umgangsweisen mit Betroffenen empfohlen, die deutlich im Widerspruch zu Ratgebern stehen, die von Fachpersonen aus der Traumatherapie und der Gewaltberatung kommen. So heißt es in *Antisexismus\_reloaded* beispielsweise, dass man frisch Betroffene auf gar keinen Fall erzählen lassen solle, was ihnen passiert ist, weil sie sonst retraumatisiert würden (vgl. re.ACTion 2007). Das ist so nicht richtig, denn gerade, wenn ein Redebedürfnis vorhanden ist, kann dies auch bei der Verarbeitung helfen (vgl. Schäfer et al. 2006). Zudem handeln die Autor\_innen von *Antisexismus\_reloaded* grob fahrlässig, wenn sie behaupten, dass ausnahmslos alle Betroffenen von sexualisierter Gewalt – egal, woraus diese konkret bestand – immer unter den Folgen leiden werden. Die Fachliteratur gibt an, dass die Wahrscheinlichkeit, nach einer Vergewaltigung eine posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) zu entwickeln, zwischen 50 bis 70 % liegt. Gleichzeitig behaupten die Autor\_innen, dass Psycholog\_innen bei der Diagnostik des Leidensdrucks grundsätzlich fremdbestimmen würden (vgl. re.ACTion 2007). Dadurch verhindern sie einerseits aktiv, dass Betroffene professionelle Hilfe für sich in Erwägung ziehen, und andererseits können sie bei Betroffenen ohne Symptome einer PTBS Leiden induzieren. Zudem differenzieren sie gar nicht zwischen einer Vergewaltigung und anzüglichen Sprüchen, da alles schwammig in eins gesetzt wird. So wird kein Rahmen geboten, der eine angemessene Verarbeitung des Erlebten ermöglicht, sondern stattdessen individuell emotionale und kollektiv politische Eskalationen geradezu herbeiführt (vgl. Les Madeleines 2010).

Ausgeweitet auf andere Gründe des Verletztseins potenzieren sich die Probleme des DefMa-Konzepts dann lediglich. Eine

Person mit falschem Namen oder Pronomen anzusprechen kann aus Unwissenheit oder aus Versehen geschehen. Ebenso wie die Verwendung von anderen nicht genehmten Formulierungen. Sicherlich kann man die Person auf ihren Fehler aufmerksam machen, aber es sollte ihr die wohlwollende Möglichkeit zur Reflexion und gegebenenfalls zur Entschuldigung gegeben werden. Wenn dies nicht getan wird, dann setzt man politische Schwestern mit solchen Gestalten wie der unsäglichen AfD-Politikerin Beatrix von Storch gleich. Es sollte hoffentlich selbsterklärend sein, dass ein Bewegungsmittglied potenziell reflexionsbereit ist – im Gegensatz zu Frau von Storch. Zudem sollte auch klar sein, dass es einen Unterschied zwischen sexualisierter Gewalt und versehentlich falsch benutzten Begriffen gibt, was wiederum eines verhältnismäßigen Umgangs bedarf. Es muss möglich sein, diese Differenzen mit fairen Mitteln zu verhandeln und vor allem auszuhalten, dass es diese Differenzen gibt. Zwischenmenschliche Beziehungen sind niemals frei von Spannungen, Irritationen und Konflikten. Das macht sie ja so interessant. Anonyme Erpressungen und Drohungen aber sind nicht als faire Mittel zu verstehen, sondern als Ausgeburt einer Totalitarismushölle. Politische Bewegungen und gesellschaftspolitisches Arbeiten auf intellektueller Basis werden so gelähmt. Sofern man überhaupt noch von „intellektuell“ sprechen kann – die geschilderten Vorgehensweisen weisen höchstens auf Geistesgaben im Blockwartniveau hin.

Im akademischen Kontext werden diese Mechanismen teilweise rund um die Gender Studies sichtbar. Um die Gender Studies und Judith Butlers Werk *Gender Trouble* haben sich studentisch geprägte queerfeministisch-linke Subkulturen entwickelt, in deren Augen Wissenschaft mit gesellschaftspolitischen Anliegen betrieben werden muss (vgl. Brill 2008). Es ist ohne Weiteres richtig, dass auch die Wissenschaft zu gesellschaftspolitischen Themen Sinnvolles anbieten sollte. Allerdings darf die Verflechtung nicht so eng gefasst werden, dass sich wissenschaftliche Standards dem für die gesellschaftspolitische Ebene gewünschtem Output unterordnen. Statt sich differenziert mit der Queer Theory nach Butler oder auch mit anderen Ansät-

zen wie Critical Whiteness auseinanderzusetzen, werden diese in vielen queerfeministischen Kontexten wie heilige Kühe behandelt. Wer differenzierte Kritik übt und sich kritisch mit darauf basierenden politischen Praxen auseinandersetzt, wird, so meine Erfahrung, geschmäht und wie ein bösartiger Tumor mittels sozialer Isolation herausoperiert. Praktisch führt es dazu, dass in Seminaren oder in studentischen beziehungsweise politischen Gruppen Kritik gar nicht erst geäußert wird, sondern stattdessen im persönlichen Kontakt mit Gleichgesinnten hinter vorgehaltener Hand. Statt sinnvoller Strategien gegen Sexismus, Rassismus oder Homo- und Transfeindlichkeit entsteht in so einem Klima vor allem intellektuelle Wüstenei. In Zeiten wie diesen, in welchen antiemanzipatorische Kräfte der Neuen Rechten einen Aufschwung erfahren, ist das eine ziemliche Katastrophe. So fehlt es an intellektuell wirksamen Auseinandersetzungen mit antiaufklärerischen Kräften, solange auf (notwendige) interne kritische Reflexion und Auseinandersetzung verzichtet wird. Eine solche aber könnte erst entstehen, wenn sich nicht mehr so viele davor fürchten, dass bei einem falschen Wort eine anonyme Gruppe in unbekannter Größe für die soziale Vernichtung sorgt.

Die zu enge Verflechtung zwischen Wissenschaft, Politik und persönlicher Betroffenheit führt dazu, dass Ebenen miteinander vermischt werden, die mitunter nur schwerlich zueinander passen – insbesondere, wenn persönliche Verletzungen noch nicht verarbeitet wurden. Ein Uniseminar oder ein theoretischer Text können keine adäquate Aufarbeitung unverarbeiteter persönlicher Verletzung durch Diskriminierungen und gesellschaftlicher Marginalisierung anbieten. Politische Bewegungen, insbesondere die Frauen-, die Behinderten-, die Schwulen- und die Transbewegung beschäftigen sich zwar mit individuellen Verletzungs- und Diskriminierungserfahrungen, sie transferieren diese aber im Idealfall über den die Einzelne\_n hinaus. In den erwähnten queerfeministischen Strukturen werden jedoch Umgangsweisen gepflegt, die das individuelle Leid des der Einzelne\_n allem anderen überordnen und unmittelbar politisieren. Dies ist allerdings in akademischen und politischen

Zusammenhängen niemals angemessen zu berücksichtigen, da der Fokus auf übergeordneten akademischen oder politischen Inhalten liegen muss. Die Aufarbeitung des persönlichen Leidens gehört daher vielmehr in eine Selbsthilfegruppe oder in eine Therapie. Üblicherweise verzichten Therapien und Selbsthilfegruppen darauf, sich gleichzeitig politisch oder akademisch zu engagieren, da das individuelle Leid niemals im gleichen Moment sowohl passend individuell verarbeitet als auch politisch wirksam artikuliert werden kann. Beispielsweise weist die Traumatherapeutin Luise Reddemann zwar ebenfalls auf die Notwendigkeit der Analyse struktureller Gewalt, gerade innerhalb der patriarchalen Gesellschaftsstruktur, hin, gibt aber auf der Basis ihrer langjährigen Tätigkeit die Empfehlung, dass Betroffene von Traumatisierungen zunächst ein ausreichendes Stress- und Selbstmanagement erlernen sollten, bevor sie sich politisch betätigen (vgl. Reddemann 2006). Es ist eine nicht auflösbare Tragödie, dass individueller Schmerz, der sich aus der persönlichen Betroffenheit von Verletzungen aufgrund struktureller Marginalisierung speist, niemals vom sozialen Kollektiv angemessen aufgefangen werden kann. Dem subjektiven Empfinden in all seinen Regungen kann diese Gesellschaft niemals vollständig gerecht werden. Diese nicht zu beseitigende Ungerechtigkeit, die sehr viele Menschen erleben, denen Gewalt zugefügt wird und die persönliche Auswirkungen durch gesellschaftliche Stigmatisierung und Marginalisierung erlitten haben, ist ein unauflöslicher Bestandteil dieser Erfahrung. Die Wunden sollten, wie von Luise Reddemann empfohlen, versorgt werden, bevor am großen politischen oder akademischen Rad gedreht wird. Sonst versteigt man sich zu Absurditäten, wie zum Beispiel in einem Universitätsseminar der Seminarleitung mit negativen Konsequenzen zu drohen, weil diese vor dem Abspielen von Filmsequenzen nicht vor den Gewaltszenen gewarnt hat. Als Begründung in dieser Situation wurde von einer Seminarteilnehmerin angeführt, dass sich möglicherweise Gewaltopfer im Seminar befinden und diese getriggert werden könnten. Dabei hätte sie sich im Seminarplan erkundigen können, was auf dem Programm steht, um eigene Unannehmlich-

keiten zu vermeiden. Mit der Drohung entmündigte sich die Beschwerdeführerin nicht nur selbst, sondern auch alle anderen Teilnehmer\_innen. Dabei ist es gerade für die Verarbeitung von Traumata wichtig, wieder die Kontrolle über sich zu bekommen und als mündiges Subjekt zu erleben (vgl. Schäfer et al. 2006). Dies erreicht man jedoch nicht durch einen kollektiven totalitären Umgang. Wenn wir uns alle an die Triggerfantasien von allen Individuen anpassen müssten, könnten wir ja gar nicht mehr sozial interagieren. Diese Umgangsweise mit Triggern im Konzept der DefMa zeugt außerdem von einem verkürzten Verständnis. Gemäß der Traumaforschung versteht man unter Trigger Auslöser von sogenannten Flashbacks und Intrusionen. Das heißt, ungewollt drängen sich Erinnerungen an das traumatische Ereignis auf und rufen die gleichen Gefühle der Hilflosigkeit, der Gefahr hervor wie damals das Erlebte selbst (vgl. ebd. und Reddemann 2006). Bei Betroffenen von Traumafolgen aufgrund des unverarbeiteten Erlebten ist der Stresslevel viel höher, sodass bereits vermeintliche Kleinigkeiten derartige extreme Stresssituationen hervorrufen können. Das ist für Körper und Psyche in hohem Maße belastend. Daher gehört es zu einer Traumatherapie unbedingt dazu, zunächst Mechanismen der Stressregulierung zu erlernen, um Triggern von Intrusionen und Flashbacks nicht mehr derartig ausgeliefert zu sein und um den extremen Gefühlen bei einer möglichen Traumaexposition nicht mehr völlig hilflos gegenüberzustehen (vgl. ebd.). Vermeidung als alleinige Strategie beseitigt jedoch nicht die niedrige Stresstoleranz, sondern kann längerfristig sogar die Entstehung einer generalisierten Angststörung begünstigen (vgl. Schäfer et al.). Beruhigung kann nicht ausschließlich im Außen, wie beispielsweise im erwähnten Uniseminar durch die ausgesprochene Drohung, stattfinden, sondern vielmehr im Inneren, indem die Personen Strategien der Selbstberuhigung und der Selbstvergewisserung im Hier und Jetzt erlernen und anwenden. All das bietet DefMa gar nicht an. Vielmehr birgt DefMa die Gefahr, dass Betroffene von Traumafolgen in ihrer erschütterten Selbst- und ihrer misstrauischen Weltsicht permanent bestätigt und dadurch stärker geschädigt werden. Es führt kein Weg aus dem

Schrecken heraus, da gar nicht der Blick darauf gerichtet wird, dass eine Person nicht nur aus Trauma besteht. Auch hier steht DefMa der Traumatherapie völlig konträr gegenüber, da zur Genesung auch die Wahrnehmung der Fähigkeit zur Entdeckung von Gutem im eigenen Leben gehört und das Zurückgewinnen von Vertrauen in sich und andere sowie die Gestaltungsmöglichkeiten.

Als weiteres Problem erweist sich die Verankerung von DefMa in queerfeministischen, linken Szenen und Kontexten. Diese politischen Zusammenhänge lehnen auf der Basis umfassender Kritik bürgerliche Normen und Wertvorstellungen ab und verstehen sich häufig auch als Freiraum zum Ausprobieren neuer Denk- und Umgangsweisen. Häufig ist hier eine hermetische Sichtweise zu beobachten, nach der alle anderen als feindlich gelten und daher draußen gehalten werden müssen. Gerade eine Ablehnung bürgerlicher Normen gekoppelt mit einer hermetisch geschlossenen Sicht kann rasch in das Totalitäre und Infantile münden, wenn Theorie, Praxis und persönliche Biografie in ein ungenügendes Verhältnis zueinander gesetzt und mangelhaft rezipiert werden oder gar ein komplexes Problem mit falschen Theorien und Praxen bearbeitet wird. Wie an DefMa zu sehen ist, birgt grenzenlose Solidarität mit Betroffenen von Diskriminierung und sexualisierter Gewalt in Kombination mit einer rigorosen Ablehnung bürgerlicher Normen die Gefahr, dass Gewalt als Gegenstrategie legitimiert wird und Personen im Namen der Vergeltung selbst zu Straftäter\_innen werden. Jemanden ohne annähernde Deckung mit den Definitionen des Strafgesetzbuches der Vergewaltigung zu bezichtigen, erfüllt mindestens den Tatbestand des Rufmordes. Zu Mobbingstrategien in Form von Drohbriefen, nächtlichem Telefonterror und zu körperlicher Gewalt muss man nicht weiter ausführen, dass auch dies strafrechtlich relevant ist. Wie sehr das auf eine Szene bezogen ist, die sich gegenüber der feindlichen bürgerlichen Welt hermetisch abriegeln will, verdeutlicht der Hinweis in *Antisexismus\_reloaded*, dass Betroffene von sexualisierter Gewalt von einem Gang zur Polizei absehen sollen, weil sonst Szeeneinterna ausspioniert werden könnten (vgl. re.ACTion 2007). Es

geht also letztlich nicht um die Betroffenen selbst. Auch geht es nicht eigentlich um die Gründe, die sich auf den Umgang mit Anzeigen wegen Vergewaltigung im Justizapparat beziehen würden, weshalb ein Gang zur Polizei nicht immer empfehlenswert ist. Es geht allein darum, die Verfolgungsneurose einer politischen Szene zu pflegen. Und so sehen sich politische Aktivist\_innen befähigt, nicht nur Freund\_innen zu sein, sondern auch Therapeut\_innen, Berater\_innen und Vollstrecker\_innen der Selbstjustiz, ohne dafür ausgebildet oder legitimiert zu sein, wie es *Les Madeleines* kritisieren (vgl. Les Madeleines 2010). Auf diesem Hintergrund lässt sich die bereits erwähnte Falschdarstellung von psychotherapeutischer Behandlung als Mittel deuten, Betroffene in der Szeneblase zu halten. Mehrmals falsch ergibt nicht automatisch richtig, sondern führt vielmehr in politische und persönliche Katastrophen, wovon die Verlegerin und lesbische Aktivistin Ilona Bubeck in einer Rede anlässlich eines Konflikts im Vorfeld einer Podiumsdiskussion zum Thema „lesbische Sichtbarkeit“ im September 2016 im *SchwuZ* berichtete (vgl. Bubeck 2016). Bubeck war in den 1980er Jahren in der linksautonomen Lesbenszene aktiv und wurde von ihren einstigen Bewegungsschwestern gefoltet und mit dem Tode bedroht, weil sie sich nicht den Praxen und Theorien vollständig unterwarf. Ilona Bubeck ist beileibe nicht die Einzige, die am eigenen Leib erfahren musste, wie abgründig es werden kann, wenn falsche oder ungenügend rezipierte Theorien und Praxen mit Strukturen zusammentreffen, in denen Werte und Grenzen der bürgerlichen Gesellschaft vollständig negiert werden. Einige können gar nicht mehr sprechen, da sie unter den Folgen so sehr litten, dass sie ihrem Leben durch Suizid ein Ende gesetzt haben (vgl. ebd.). Andere wollen nach wie vor nicht reden und haben sich bereits andere Lebensbereiche gesucht.

So schadet man durch einen kollektiv totalitären Umgang mit individuellen Verletzungen, Diskriminierungen und sexualisierter Gewalt nicht nur sich selbst, sondern letztlich auch politischen Anliegen und wissenschaftlicher Qualität.

Gerade der politische Schaden erweist sich als enorm. Wenn noch nicht einmal innerhalb einer Bewegung oder einer Com-

munity Dissens fair ausgehandelt werden kann oder eine Fehlertoleranz gegeben ist, wie soll man dann in der Mehrheitsgesellschaft Bereitschaft erzeugen, sich mit den eigentlich wichtigen Anliegen auseinanderzusetzen? Veränderungen werden nicht erreicht, wenn wir potenzielle Verbündete mit inszenierten Hexenjagden einschüchtern.

An diese potenziellen Verbündeten möchte ich mich nun zuletzt wenden: Es ist sehr löblich, dass Sie in Zeiten von Antidiskriminierungsgesetzen und Diversitystrategien die Betroffenen ernst nehmen möchten und durchaus Verständnis für manche emotional begründete Verhaltensoriginalität aufbringen. Jedoch möchte ich dazu ermutigen, verhältnismäßigen Umgang auch von den Marginalisierten einzufordern. Funny van Dannen hat es in einem Lied treffend auf den Punkt gebracht: Auch schwarze, lesbische Behinderte können ätzend sein. Und das muss man sich nicht gefallen lassen.

## Anmerkungen

- 1 Hinweise zum Verfasser: Der Autor dieser Zeilen sieht aus wie ein weißer Mann. Jedoch werden die Leser\_innen (unangenehm) überrascht werden, dass es sich dabei um einen homosexuellen Mann mit Menstruationshintergrund, mit Behinderung, aus nicht-akademischen, ökonomisch prekären Verhältnissen und mit sexualisierter Gewalterfahrung handelt. Deshalb ist Kritik natürlich pfui, solange nicht nachgewiesen ist, dass mehr Erfahrungswelten vorhanden sind, die auf strukturelle Marginalisierung zurückzuführen sind.
- 2 LSBTTIQ = Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Trans\*, Intersexuelle, Queer.